

Die Erste Republik Österreich – Krise in Permanenz? 1918-1938

Matthias Jordi

1. Einleitung

Das Referat soll einen kurzen Überblick über die Jahre 1918-1938 der österreichischen Geschichte bieten. In einem ersten Schritt soll die Entstehung des neuen Staates diskutiert werden. Anschließend werden die zentralen wirtschaftlichen und politischen Fragen des neuen Staates thematisiert. Durch das Fehlen eines politischen Minimalkonsenses im Umgang mit wirtschaftlichen und politischen Problemen kam es in der Ersten Republik zu enormen politischen Spannungen, die sich in politischer Gewalt entluden. Diese politischen Konflikte darzustellen, ist ein weiteres Ziel des Referats. Abschließend werde ich aufzeigen, weshalb die Staatsform der Demokratie scheiterte und ein autoritärer Staat unter Engelbert Dollfuß errichtet wurde, welcher die letzten vier Jahre der österreichischen Eigenstaatlichkeit 1933/34-1938 prägte.¹

2. Schlüsseljahre Österreichs – Ein Kleinstaat wird geschaffen

Die Jahre 1918 und 1938 gelten als Schlüsseljahre der österreichischen Geschichte. Im Jahr 1918 erfolgte der Übergang von der Habsburgermonarchie zur Ersten Republik, während Österreich 1938 seine Eigenstaatlichkeit durch die Einbindung in das Deutsche Reich verlor. Dass Österreich vor 1918, respektive nach 1938 kein eigener Staat war, macht deutlich, dass die österreichische Geschichte immer nur in einem europäischen, respektive in einem internationalen Kontext, sinnvoll betrachtet werden kann. „Deutschösterreich“, wie die gewünschte Bezeichnung des neuen Staates gemäß der provisorischen Nationalversammlung lauten sollte, entstand aufgrund der von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges bestimmten Friedensverträge. Die territorialen Grenzen des neuen Staates wurden im Friedensvertrag von St. Germain festgelegt, ebenso die verkürzte Bezeichnung des Staates auf den Namen „ÖSTERREICH“.²

¹ Hobsbawn Eric, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.

² Hobek Martin, Der Rest ist Österreich, Zum Vertrag von Saint-Germain-en-Laye 1919, Wien 1999.

3. Innenpolitische Herausforderungen Österreichs

Österreich war von Beginn weg mit enormen Problemen konfrontiert, beispielsweise war in der Gesellschaft kein Konsens über seine Eigenstaatlichkeit vorhanden. Die Gesellschaft war tief geprägt durch die Folgen des verheerenden Krieges. Ein Großteil der Bevölkerung war unterernährt und tausende Tote waren zu beklagen. Gleichzeitig hinterließ der vergangene Konflikt tausende von Invaliden. Die meisten Menschen kämpften mit existenziellen Herausforderungen, nämlich mit dem persönlichen Überleben. Innenpolitisch waren auf der Verliererseite Beamte, Adelige und Offiziere nicht zu unterschätzen, die im neuen Staat ihr Ansehen, oft auch ihre Arbeitsstelle und damit verbunden ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage, verloren. Rasch wurde in Österreich über die „Lebensfähigkeit“, des neuen Staates diskutiert. Viele Verlierer des neuen politischen und wirtschaftlichen Systems lehnten auch deshalb die Prinzipien der Demokratie ab. Wie in anderen, im Zuge des Ersten Weltkrieges, neu gegründeten Staaten in Europa, wurde auch das demokratische Österreich von autoritären Herrschaftskonzeptionen herausgefordert³.

4. Außenpolitische und wirtschaftliche Herausforderungen Österreichs

Außenpolitisch grenzte Österreich an sehr unterschiedliche Staatsmodelle. Diese reichten von einer stabilen Demokratie in der Schweiz bis zum faschistischen Staat in Italien. Der gesamtgesellschaftliche Konsens darüber, dass die Staatsform der Demokratie die beste aller schlechten Staatsformen sei, fehlte. Volkswirtschaftlich gesehen war es eine gewaltige Herausforderung nach dem Zerfall des großen Wirtschaftsraumes der Habsburgermonarchie eine neue eingegrenzte Volkswirtschaft aufzubauen. Viele Industrien, beispielsweise die Eisenbahnindustrie, fanden im Kleinstaat keinen ausreichenden Absatz mehr. Erschwerend kamen die traumatischen Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg hinzu. Die Hyperinflation, die stets sehr hohe Arbeitslosigkeit und später auch die Banken Krisen beweisen, dass eine Lösung der ökonomischen Probleme nicht gelang. Zwei Mal, nämlich im Jahre 1922 und rund zehn Jahre später, im Jahre 1932, war Österreich auf internationale Geldgeber angewiesen, um den Staatsbankrott abzuwenden. Diese internationalen

³ Scheutz Martin, Strohmeyer Arno, Von Lier nach Brüssel, Schlüsseljahre österreichischer Geschichte; Seiten 251-273, Wien 2010.

Kredite wurden Österreich jeweils nur unter strengen Auflagen gewährt, die faktisch die Budgethoheit des Parlaments außer Kraft setzten. Österreich musste sozial schmerzliche Sanierungsprogramme durchführen. Die damit verbundenen sozialen Härten stärkten stets antidemokratische Kräfte und damit in den 1930er Jahren sehr stark die Nationalsozialisten.

5. Abschaffung der Demokratie – Errichtung einer Diktatur

In der Folge von wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen wurde aus Österreich in den Jahren 1933/34 unter Kanzler Engelbert Dollfuß ein autoritärer Staat errichtet, welcher bis 1938 bestand. Wie in vielen anderen europäischen Staaten, gibt es auch in der österreichischen Erinnerungsgeschichte keinen Konsens darüber, wie die eigenstaatliche, aber autoritäre Zeit von 1933 bis 1938 zu bewerten ist. Die autoritäre Kanzlerdiktatur wird dafür gewürdigt, dass sie sich vier Jahre lang gegen einen Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich behaupten konnte. Dabei verletzten die Regierenden aber die heute allgemein akzeptierte Werte des demokratischen Rechtsstaates. Wenig erfolgreich waren die Kanzlerdikturen Dollfuß und Schuschnigg auch im Politikfeld der Ökonomie. Der Versuch einer Rückkehr in eine vermeintlich glorreiche Vergangenheit, als Handarbeit statt Maschinen dominierten, scheiterte kläglich. Die Technikfeindlichkeit in der Wirtschaftspolitik, beispielsweise das Verbot, eine moderne Tabakfabrik in Linz in Betrieb zu nehmen und der Aufruf zu einer Arbeitsschlacht, etwa durch den Bau der Großglockner Hochalpenstraße ohne Einsatz zeitgemäßer Hilfsmittel, trugen dazu bei, dass Österreich vom Konjunkturaufschwung der 1930er Jahre ausgeschlossen blieb und breite Teile der Bevölkerung in Armut lebten. Fast niemand in Österreich konnte in dieser Zeit eine echte Kaufkraft entwickeln. Erschwerend kamen Handelshindernisse des nationalsozialistischen Deutschen Reiches hinzu, welche durch Währungssperren den Tourismus des Landes abwürgten.

6. Ende der Eigenstaatlichkeit – Anschluss

Dem Versagen standen scheinbare ökonomische Erfolge der Nationalsozialisten im Deutschen Reich gegenüber. Auch der stete außenpolitische Bedeutungsgewinn,

unter anderem bedingt durch die Appeasement-Politik von Frankreich und England, führte 1938 zu einer machtpolitischen Konstellation, in die Nationalsozialisten relativ leicht und durch geschickte Vorgehensweisen die Herrschaft in Österreich übernehmen konnten. Damit war die Erste Republik Österreich definitiv gescheitert und an ihr vorläufiges Ende gekommen.

7. Erfolge nach 1945

Die heutigen politischen und ökonomischen Grundvoraussetzungen in Österreich zeigen, dass es möglich ist aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Seit 1945 gab es in Österreich viel weniger politische Gewalt sowie bedeutende ökonomische und politische Erfolge. Heute ist Österreich ein attraktives und stabiles Land und ein guter Ort zum Leben und Arbeiten! Dass aus der Geschichte die notwendigen Lehren gezogen wurden und es den Menschen in Österreich heute viel besser geht, darüber will ich mich abschließend mit Ihnen freuen!

8. Literatur

Berger Peter, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Facultas Verlag, Wien 2008.

Dreier Werner, Doppelte Wahrheit, Ein Beitrag zur Geschichte der Tausendmarksperr, in: Vierteljahreshefte für Geschichte und Gegenwart, Jg. 37, erschienen 1985.

Goldinger Walter, Binder Dieter A., Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1992.

Hobsbawn Eric, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.

Leidinger Hannes, Moritz Verena, Die Republik Österreich 1918/2008, Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung, Paul Zsolnay Verlag 2008.

Strauss Helmut: Die Verträge von Genf und Lausanne in ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umfeld. Diplomarbeit, Wien 1988.

Wohnout Helmut, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus, Anmerkungen zur österreichischen Kanzlerdiktatur 1933/34-1938, in: „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“; Die Steiermark im Austrofaschismus, Hrsg. Von Werner Anzenberger und Heimo Halbrainer, in Graz 2014.

Wohnout Helmut, Anatomie einer Kanzlerdiktatur, in: Studien zu Politik und Verwaltung, Soziokultureller Wandel im Verfassungsstaat, Phänomene politischer Transformation, Hrsg. Böhlau Verlag, Wien 2004.

Matthias Jordi,

Wien, 18. Februar 2018